

## Islamischer Fundamentalismus

*Werner Ruf*

### 1. Einleitung

Etwa zeitgleich mit dem Zweiten Golfkrieg, der das Ende des bipolaren Systems markierte, begann die bis heute andauernde heftige Debatte über die Gefahren, die der sog. islamische Fundamentalismus für "den Westen" bedeuten könnte. Krisenszenarien verschiedenster Art wurden entworfen, keines von ihnen sah die Anschläge des 11. September 2001 voraus, die von den USA als Kriegserklärung betrachtet wurden. Seit diesem 11. September „wissen“ wir, dass jener „Kampf der Kulturen“, den Samuel Huntington als vorherrschende Konfliktform des 21. Jahrhunderts prognostiziert hatte, eingetreten zu sein scheint: Die vormalige kommunistische Bedrohung der freien Welt, so suggerieren es der mediale *mainstream* und die Bush-Administration, scheint abgelöst von der Bedrohung durch ein nichtstaatliches diffuses und zugleich fanatisches terroristisches Netzwerk.

Die Debatte über den islamischen Fundamentalismus spannt sich von der Konstruktion globalstrategischer Szenarien ("islamischer Krisenbogen") bis zum Streit über kulturspezifische Konzeptionen von Menschen- und Frauenrechten, sie ist präsent in der Debatte über multikulturelle Gesellschaften, über das Tragen von Kopftüchern und über die behauptete Notwendigkeit einer „Leitkultur“, wie sie auch neue transnationale Konfliktstrukturen im Zeitalter der Globalisierung beschwört. Zweifelsohne existiert eine Vielfalt von Konflikten, die sich in verschiedenster Weise auf *den Islam* beziehen oder mit ihm assoziiert werden. Diese Konfliktkonfigurationen – imaginiert oder real – erstrecken sich von der globalen Ebene über das Internationale System bis hinein in innerstaatliche und lokale Konfliktszenarien. Immer sind sie verbunden mit Vorstellungen über die Bedrohung des „Wir“ durch „die Anderen.“

---

## 2. Konfliktgegenstand

Im anglophonen und deutschsprachigen Raum ist der Begriff "islamischer Fundamentalismus" zur gängigen Kurzformel für das hier zu behandelnde Phänomen geworden. Im französischsprachigen Raum wird statt dessen eher der Begriff "Integrismus" verwendet. Als "*fundamentalists*" bezeichneten sich ultrakonservative "bibeltreue" Bewegungen in den USA um die Jahrhundertwende. Mit "*intégristes*" wurden in Frankreich ultraorthodoxe Tendenzen des Katholizismus bezeichnet. Beide Begriffe sind also aus dem westlichen Sprachgebrauch entlehnte Fremdbezeichnungen, die inzwischen pauschal auf unterschiedlichste ideologische Strömungen im islamischen Raum der Gegenwart projiziert werden. Für die Muslime selbst haben sie abwertenden Charakter.<sup>1</sup> Im folgenden wird daher der Begriff *Islamisten* und seine Derivate *Islamismus* und *islamistisch* verwendet, der von der Selbstbezeichnung der Gruppierungen (*islamiyun*) ausgeht.

Vorweg sind zwei Feststellungen wichtig: Zum einen ist Fundamentalismus eine Geisteshaltung. Auf den religiösen Bereich bezogen meint sie jene Menschen und Gruppen, die die religiösen Offenbarungen als ewig gültige und daher unhistorische Wahrheiten ansehen und eine gesellschaftliche Ordnung anstreben, wie sie sie in den Büchern der jeweiligen Offenbarung vorfinden oder vorzufinden glauben. Damit ist jeder Fundamentalismus im Kern Interpretation der Offenbarungen. Zum anderen hat Fundamentalismus als Geisteshaltung nicht notwendigerweise mit Militanz und schon gar nicht mit Gewalt zu tun. So lehnt auch im islamischen Raum die weit überwiegende Mehrheit der Islamisten die Anwendung von Gewalt ab.

Die schwierigste Frage, auf die dieser Beitrag den Versuch einer Antwort geben soll, ist, inwieweit kulturelle Normen Einfluss nehmen auf gesellschaftliche und politische Entwicklungen. Dies ist jedoch kein eindimensionaler Prozess, da kulturelle Normen in verschiedenen historischen, sozialen, politischen, ja auch ökonomischen Kontexten von unterschiedlichen Interessengruppen in un-

---

<sup>1</sup> Siehe hierzu Hartmann, Angelika: Der islamische „Fundamentalismus“. Wahrnehmung und Realität einer neuen Entwicklung im Islam, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 28/97, 4. Juli 1997, S. 3-13, sowie Heine, Peter: Fundamentalisten und Islamisten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 33/92, 7. Aug. 1992, S. 23-30.

terschiedlicher Weise zu politischen Zwecken instrumentalisiert werden. Dieser Behauptung widerspricht selbstverständlich der Entwurf des amerikanischen Politologen Samuel P. Huntington vom "Kampf der Kulturen".<sup>2</sup> Er geht in seinem globalen Konfliktmodell von der durchaus richtigen Annahme aus, dass die Konflikte in einer globalisierten Welt nicht mehr (nur) die klassischen zwischenstaatlichen Konflikte sein werden, wie sie charakteristisch waren für die Epoche nach dem Westfälischen Frieden. Sein neues Konfliktmodell ist der "Kampf der Kulturen", der als solcher prinzipiell transnational konzipiert und unhistorisch ist. Die Kulturen als Determinanten menschlichen und politischen Handelns sind für ihn "nicht nur grundlegend, sondern fundamental".<sup>3</sup> Für den bevorstehenden Kampf der Kulturen wählt er als Metapher die seismischen Platten der Erdoberfläche, an deren Verwerfungslinien (*fault lines*) Spannungen herrschen, die sich in katastrophenartigen Erschütterungen – Erdbeben – entladen. Die Wahl dieser Metapher ist wichtig, suggeriert sie doch das geradezu schicksalhafte Eintreten solcher Katastrophen, die menschlichem, d.h. politischem Handeln entzogen sind, gegen die also auch Konfliktprävention unmöglich ist.

Die willkürliche und ahistorische Setzung, dass Kulturen die determinierenden makropolitischen Konfliktstrukturen sind (und waren)<sup>4</sup>, ermöglicht es Huntington, auf jede empirische Überprü-

2 Huntington, Samuel P.: *The Clash of Civilizations?* In: *Foreign Affairs*, Sommer 1993, S. 22-49; Huntington, Samuel P.: *Kampf der Kulturen*, Wien 1996; Huntington, Samuel P.: *The West unique, not universal*, in: *Foreign Affairs*, Nov./Dez. 1996, Nr. 6, Bd. 75, S. 28-46.

3 Huntington, Samuel P.: *The Clash ...*, S. 30.

4 Aus der Fülle der Huntington kritisierenden Literatur siehe unter friedensforscherischer Perspektive vor allem Butterwegge, Christoph: *Friedenskultur statt Kulturkampf*; in: Jung, Eckhard/Vogt, Wolfgang (Hrsg.): *Kultur des Friedens*, Darmstadt 1997, S. 88-93; Büttner, Friedemann: *Der fundamentalistische Impuls und die Herausforderung der Moderne*; in: *Leviathan* Heft 4/1996, S. 469-492; Menzel, Ulrich: *Kulturen und Strukturen im Internationalen System - oder: bilden sich neue Feindbilder heraus?* In: Calließ, Jörg (Hrsg.): *Der Konflikt der Kulturen und der Friede in der Welt*, Evangelische Akademie Loccum, 1996, S. 139-156; Paech, Norman: *Krieg der Zivilisationen oder dritte Dekolonisation*; in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3/1994, S. 310-321; Ruf, Werner (Hrsg.): *Islam and the West. Judgements, Prejudices, Political Perspectives*. Münster 2002; Ders.: *Feindbildproduktion nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, in: Jung, Eckhard/Vogt, Wolfgang (Hrsg.): *Kultur des Friedens*. Darmstadt 1997, S. 94-104; Senghaas, Dieter: *Die fixe Idee vom Kampf der Kulturen*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 2/1997, S. 215-221; Ders.: *Schluss mit der Fundamentalismusdebatte! Plädoyer für eine Reorientierung des interkulturellen Dialogs*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 2/1995, S. 180-191.

fung seiner These zu verzichten und sein bis zur Geschichtsklitterung getriebenes simplifiziertes Paradigma in durchaus fundamentalistisch, also ahistorisch zu nennender Weise zu verabsolutieren.<sup>5</sup> Dass die Instrumentalisierung von Kultur zu politischer Legitimation und zur Durchsetzung politischer Ziele eine lange Tradition hat und ihren Höhepunkt mit dem Aufstieg des Nationalismus als politischem Ordnungsprinzip fand, dürfte der historischen Wirklichkeit näher kommen als die Annahme von Wesenszügen, die *den* Kulturen eingeboren sind. Genau hier ist auch die Politisierung oder die politische Instrumentalisierung des Islam anzusiedeln – und zwar nicht nur durch die Muslime selbst, sondern ganz wesentlich auch durch den Herrschaftsanspruch des Imperialismus und die mit ihm verbundene Diskriminierung der Muslime.<sup>6</sup> Fraglos wurde die Religion beiderseits schon in den Kreuzzügen<sup>7</sup> und während der *reconquista* auf der iberischen Halbinsel politisch instrumentalisiert. Der Islamismus ist jedoch eine Erscheinung der Moderne. Somit verbietet sich das immer wieder bemühte Konstrukt einer – zutiefst fundamentalistischen - anderthalb Jahrtausende alten Konstante.

Dies zeigt bereits die Tatsache, dass die Botschaft der französischen Revolution *liberté, égalité, fraternité* im arabischen Raum zunächst mit Begeisterung aufgenommen wurde, versprach sie doch die Befreiung vom Joch der osmanischen Ausbeutung, und, vor allem die nationale Einigung der arabischen Völker auf der Basis gemeinsamer Sprache und Kultur.<sup>8</sup> Doch sehr schnell mussten die Muslime im allgemeinen und die Araber im besonderen erfahren, dass die hehren Ideale der französischen Revolution nicht für die kolonisierten Völker gedacht waren. Die kolonialistische Unterwer-

5 Unter Verweis auf andere Autoren stellt Huntington fest: „Um als Paradigma angenommen zu werden, muss eine Theorie besser erscheinen als die mit ihr im Wettstreit liegenden, sie braucht aber nicht - und tut es tatsächlich auch niemals - alle Tatsachen, mit denen sie konfrontiert ist, zu erklären. ... Um sich in unvertrautem Gelände zurechtzufinden, braucht man in der Regel irgendeine Art von Landkarte. Die Kartographie ist, wie die Kognition selbst, eine notwendige Vereinfachung, die uns erlaubt festzustellen, wo wir sind und wohin wir uns wenden.“ Huntington, Samuel P.: *Kampf der Kulturen*, Wien 1996, S. 29.

6 Ruf, Werner: *Zur Gewaltförmigkeit des politischen Widerstands im Vorderen Orient*, *Der Bürger im Staat*, Heft 2/3, 2003, S. 110-115; Schulze, Reinhard: *Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert*. München 2002.

7 Berman, Nina: *Orientalismus, Kolonialismus und Moderne*, Stuttgart 1996, S. 19-24.

8 Antonius, George: *The Arab Awakening*, London 1938; Hourani, Albert: *Arabic Thought in the Liberal Age*, Cambridge 1983.

fung des Orients bedeutete für gläubige Muslime zugleich eine religiöse Herausforderung, war doch in ihrem Verständnis der Islam die jüngste der drei monotheistischen Buchreligionen, die Gott durch die großen Propheten *Ibrahim* (Abraham), *Mussa* (Moses) und *Issa* (Jesus) den Menschen offenbart hatte. Da sie immer wieder vom Weg der Wahrheit abgekommen waren, hatte Gott einen letzten Propheten geschickt, dem er seine Botschaft selbst diktierte: Mohamed.

Also waren die Muslime im vollen Besitz der Wahrheit, die sie dazu befähigte, militärisch, technisch und wissenschaftlich den anderen Völkern überlegen zu sein, wie das ja auch in den ersten Jahrhunderten der Hochblüte des Islam in Mesopotamien und auf der iberischen Halbinsel der Fall war. Was lag also näher als die Rückkehr zu den Quellen des Glaubens, um die frühere Überlegenheit zurückzugewinnen und damit der Mission des Islam zu ihrem gottgewollten Auftrag zu verhelfen.<sup>9</sup> Die bedeutendsten Vertreter dieser Richtung waren Jamal ed-Din al-Afghani (1839-1897) und Mohamad Abduh (1849-1905). Sie forderten die Rückkehr zu den Quellen des Glaubens und die Bezugnahme auf die Vorfahren (*salaf*), was der Bewegung den Namen *Salafiya* gab. Muslim sein und die Erfahrung, aufgrund der Zugehörigkeit zu diesem Kulturkreis durch die Kolonialherren diskriminiert und unterdrückt zu werden, gab der Religion eine identifikatorische Komponente und einen politischen Auftrag: "Auf diese Weise wurde aus dem Islam für viele Muslime etwas, was in ihrem Bewusstsein überwiegend – und bei manchen von ihnen sogar ausschließlich – ein Wesenselement ihrer kulturellen Identität darstellt, das gegen äußere Angriffe verteidigt werden muss, und nicht so sehr eine Art des Gottesglaubens, der Entdeckung von Ziel und Sinn des Lebens und eine ideale Gesellschaftsordnung. Um diese neue Aufgabe erfüllen zu können, musste der Islam zu etwas werden, auf das man stolz sein konnte."<sup>10</sup> Demgegenüber beförderte die vom Kolonialismus unter dem Banner der *zivilisatorischen Mission des Westens* betriebene Diskriminierung der Muslime

9 Vgl. hierzu Peters, Rudolph: Erneuerungsbewegungen im Islam vom 18. bis zum 20. Jahrhundert und die Rolle des Islams in der neueren Geschichte: Antikolonialismus und Nationalismus, in: Ende, Wener; Steinbach, Udo: Der Islam in der Gegenwart, 1989, 2. Auflage, S. 91-131, hier S. 105-126.

10 Peters, Rudolph: Erneuerungsbewegungen im Islam vom 18. bis zum 20. Jahrhundert und die Rolle des Islams in der neueren Geschichte: Antikolonialismus und Nationalismus, in: Ende, Wener; Steinbach, Udo: a.a.O., S. 109.

den Islam zum identitären Kristallisationskern des politischen Widerstands gegen.<sup>11</sup>

Die Vorstellungen der *Salafiya* wurden erstmals zum Programm einer politischen Bewegung mit der Gründung der Muslim-Bruderschaft in Ägypten (1928). Zwar war und ist diese islamische Erneuerungsbewegung grundsätzlich panislamisch orientiert<sup>12</sup>, von besonderer Bedeutung war sie jedoch im arabischen Raum, wo die vom britischen Imperialismus in Zusammenarbeit mit der zionistischen Bewegung betriebene Gründung des Staates Israel eine besondere katalysatorische Funktion hatte, richtete sie sich doch gegen die Schaffung einer territorial geeinten arabischen Nation. So wurden Elemente des Islam schon sehr früh konstituierend für die identitäre Konzeption vieler zeitgenössischer arabischer und muslimischer Staaten. Es ist daher kein Zufall, dass in allen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens der Islam Staatsreligion ist – mit zwei Ausnahmen: der von Mustafa Kemal "Atatürk" säkularisierten Türkei und dem mehrheitlich (?) christlichen Libanon. Herrschaft wird und wurde schon in den 50er und 60er Jahren durch Verweise auf den Islam legitimiert, und dies nicht nur etwa in Saudi-Arabien oder Pakistan, sondern auch in "sozialistischen" Staaten wie Algerien oder Ägypten, wo zur Zeit Nassers die egalitaristischen Prinzipien des Islam herangezogen wurden, um ein sozialistisches Gesellschaftsmodell zu rechtfertigen, oder aber in Tunesien, wo der säkular orientierte damalige Staatspräsident Burgiba den Verzicht auf das Fasten im Ramadan mit der Begründung forderte, dass der Kampf zur Überwindung der Unterentwicklung ein *djihad* (Heiliger Krieg) sei und daher der Verzicht auf das Fasten geboten sei.

So wie Teile des Orients ihre Niederlage gegenüber dem Okzident (die ja zugleich dann das Programm für erfolversprechenden Widerstand lieferte) durch die Abkehr vom Glauben erklärte, schuf sich Okzident seine Legende für die Beherrschung des Orients. Beide Argumentationen benötigen das "Wir" als Projektionsfläche gegenüber dem "Anderen", von dem sich das jeweilige Wir positiv abzu-

11 Radikaler noch als die Muslimbrüder forderte der aus Indien stammende Abu Ala al-Maududi (1903-1979) die Schaffung eines genuin islamischen Staates, der allein auf der *shari'a* basierte. Sein Einfluss war prägend in Pakistan, ist es aber auch für viele militante Gruppen der Gegenwart. Vgl. Reissner, Johannes: Die militant-islamischen Gruppen; in: Ende, Werner und Steinbach, Udo (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Frankfurt/M., 1989, S. 470-486.

12 Siehe Schulze, Reinhard: Islamischer Internationalismus im 20. Jahrhundert, Leiden 1990.

heben vermag.<sup>13</sup> Die kulturologischer Argumentationen basiert auf der Herstellung antithetischer Kultur-Typologien. So entstand, beginnend schon mit der Aufklärung und ausgeschmückt im 19. Jahrhundert, jenes Bild des Orients, welches Edward Sa'id<sup>14</sup> so trefflich beschrieben hat und wie es von Aziz al-Azmeh in seiner historischen und politischen Funktionalität greifbar gemacht wird. In dieser Dialektik wurde der Orient nicht nur Projektionsort von Sinnlichkeit und Lüsten, die im strengen Moralkodex des Christentums keinen Platz haben, er wurde gleichzeitig auch zum Gegenteil von Vernunft, Freiheit und Veränderbarkeit:

"Der Vernunft entsprach enthusiastische Unvernunft, politisch übersetzt als Fanatismus, eines der Hauptanliegen der Wissenschaftler und Kolonialisten des 19. Jahrhunderts wie der zeitgenössischen Fernsehkommentatoren. Dieser Begriff liefert eine Erklärung für den politischen und sozialen Antagonismus zu kolonialer und nachkolonialer Herrschaft, indem politische und soziale Bewegungen auf Beweggründe reduziert werden, die Menschen mit Tieren gemeinsam haben, ... Die Zivilgesellschaft, der Ort, an dem individuelle Bedürfnisse rational koordiniert werden, und welche den Staat hervorbringt, ist undenkbar. ... Islam, als Anomalie ... wird als Anachronismus betrachtet, seine Charakteristika – Despotismus, Unvernunft, Glauben, Stagnation, Mittelaltertum – gehören zu Stadien der Geschichte, deren Inferiorität eine zeitliche Dimension erhält, ... Niedergang wird so nicht zu einem Tatbestand historischer Prozesse, sondern ein vorhersagbares Ereignis der metaphysischen Ordnung. ... Die Antithese von Normalität und Natürlichkeit ist Anomalie und Widernatürlichkeit."<sup>15</sup> Das latent vorhandene Orientbild, das die "Orientalisierung" des Orients<sup>16</sup> und die entsprechende "Okzidentalierung" des Okzidents zum Gegenstand hatte, wurde repopularisiert in dem Augenblick, in dem Feind und Feindbild des bipolaren Zeitalters zugleich abhanden kamen – mit der Auflö-

<sup>13</sup> Rommelspacher, Birgit: *Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft*, Frankfurt/New York, 2002.

<sup>14</sup> Sa'id, Edward: *Orientalism*, London 1978.

<sup>15</sup> Al-Azmeh, Aziz: *Islams and Modernities*, London 1993, S. 130-133, (Übersetzung aus dem Engl. W.R.).

<sup>16</sup> Vgl. auch Halliday, Fred: *Islam and the Myth of Confrontation*, London/New York 1995, S. 200: „Orientalismus ist ein Herrschaftsdiskurs, und zwar in zweifacher Weise: als Produkt der europäischen Unterwerfung des Mittleren Ostens und als Instrument in diesem Prozeß.“ (Übersetzung aus dem Engl. W.R.).

sung der Warschauer Vertragsorganisation und dem Zusammenbruch der Sowjetunion.<sup>17</sup>

Bevor hierauf weiter eingegangen wird, ist ein schlaglichtartiger Blick auf die Diskussion um die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs notwendig, die in etwa zeitgleich erfolgte: Bis zum Ende des Ost-West-Konflikts war das Internationale System geprägt durch souveräne (National)-Staaten, die ihre territoriale Unversehrtheit militärisch schützten. Das mit dem Ende der Bipolarität verbundene Verschwinden militärischer und auf Territorialität bezogener Bedrohung stellte prinzipiell die Existenzberechtigung der westlichen Militärstrukturen und ihrer Bündnisse wie der NATO in Frage. Die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs, der nun auch auf ökonomische, ökologische, soziale, aber auch kulturelle Probleme ausgedehnt wurde, und der Gefährdungen vor allem in transnationalen Prozessen wie etwa Ökologie, Migration, international organisierter Kriminalität, Rohstoffsicherung etc. verortete, macht ihn nahezu beliebig. Sicherheit oder Bedrohung werden zum subjektiv-beliebigen Definitionsproblem der Akteure.<sup>18</sup>

So ist die sicherheitspolitische Aktualisierung der "Bedrohung" durch den "islamischen Fundamentalismus" kein Zufall, denn sie war im Okzident stets latent vorhanden und konnte daher schnell aktualisiert werden. Dabei sind kulturologische Erklärungsmuster nichts Neues und gerade deshalb so wirksam, weil sie doch schon an der Wiege des Nationalismus standen.<sup>19</sup> Die besondere Aufmerksamkeit, derer sich der politische Islam erfreut, dürfte vier Gründe haben:

*Erstens* das Verschwinden der real vorhandenen oder behaupteten Bedrohung des Westens durch den Militärapparat der sozialistischen Staaten; *zweitens* die zur Aufrechterhaltung der westlichen Militärstrukturen notwendig gewordene Suche nach neuer Legitimation; *drittens* die wachsende sozioökonomische und politische Krisenhaftigkeit im arabisch-islamischen Raum, welche ihrerseits sowohl auf die endgültige Delegitimation sozialistischer Gesellschaftsmodelle

17 Ruf, Werner: Islam. A new Challenge to the Security of the Western World? In: Ders. (Hrsg.): Islam and the West Judgements, Prejudices, Political Perspectives, Münster 2002, S. 41-54.

18 Vgl. hierzu Berndt, Michael: Was bedeutet „Sicherheit“ angesichts der Uneindeutigkeiten? In: Grundmann, Martin; Hummel, Hartwig (Hrsg.): Militär und Politik. Ende der Eindeutigkeiten? Zum Wandel institutionalisierter Gewalt, Baden-Baden 1998.

19 Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation, Frankfurt/M., New York 1996.



zurückzuführen ist wie auch auf die nunmehr verschwundene Möglichkeit vieler Staaten der Region, das Lavieren zwischen den Blöcken zur Mobilisierung politischer und ökonomischer Unterstützung in Form strategischer Renten<sup>20</sup> zu nutzen; *viertens* der damit einhergehende Legitimationsverlust der herrschenden Regime, die sich alle, wenn auch in unterschiedlicher Weise, auf den Islam berufen, während die sozialen Antagonismen sich weiter verschärfen, die Korruption fortschreitet und die Repression *jeder* Art von Opposition immer brutalere Formen annimmt.

### **3. Konfliktursachen und Konfliktgeschichte: Von global bis lokal - Wahrnehmungen und Realitäten.**

„Geschichte“ ist immer auch Konstruktion von Vergangenheit zwecks Herstellung von Wir-Identitäten in der Gegenwart. Im Falle der islamischen und vor allem der arabischen Länder spielen hier die während der Zeit des Kolonialismus und Imperialismus gemachten Erfahrungen und die Instrumentalisierung des Islams zur Unterdrückung und Ausgrenzung eine zentrale Rolle. Verschärft wurde dieser Konflikt noch durch die Gründung des Staates Israel und die Unterstützung seiner Politik durch den Westen, insbesondere durch die USA. Der neue anti-islamische Diskurs im Westen greift auf alte Klischees des 19. und 20. Jahrhunderts zurück, indem er den Orient für entwicklungs- und demokratieunfähig erklärt. Neu ist daran nur der Wechsel vom biologistischen zum kulturologischen Paradigma, das den Staat Israel zum Teil „des Westens“ bzw. des „jüdisch-christlichen Abendlandes“ erklärt, während das klassische antisemitische Klischee nun, kulturologisch gewendet, auf „den Islam“ (mit semitisch-arabischem Kern) projiziert wird und damit jene Frontstellungen produziert, wie sie der „Kampf der Kulturen“ projiziert. Diese Pauschalisierungen verstellen jedoch den Blick auf die Wirklichkeit. Die Komplexität des "islamischen Fundamentalismus" macht es notwendig, die vorhandene und sehr vielschichtige Konflikthaftigkeit zumindest auf zwei Ebenen zu behandeln, der globalen und der innergesellschaftlichen Ebene.

---

20 Diese hatten während der Zeit des Ost-West-Konflikts in Form von Budget-Subventionen für „befreundete Staaten“ eine z.T. erhebliche Bedeutung.

Mit den Anschlägen des 11. September 2001 auf das World Trade Center und das Pentagon, der „Erklärung des Krieges gegen den Terror“ durch die Regierung der USA und den seither verübten massenmörderischen Anschlägen der Jahre 2002 – 2004 auf Bali und Djerba, in Riad, Casablanca, Ankara, Madrid und London hat islamistisch verbrämter Terror globale Dimensionen angenommen. Seine „Bekämpfung“ reicht von weltweiten Militäreinsätzen und transnationalen Geheimdienstaktionen bis zur systematischen Bespitzelung von Moscheen, rassistischen Anschlägen und einer – europaweiten – hysterischen Debatte um das Tragen von Kopftüchern. Diese globalen Erscheinungen manifestieren sich durchaus auch auf lokaler Ebene (s. 3.2).

Die Ursachen der Konflikte, in der sich der islamisch-arabische Raum befindet sind keineswegs verschieden von der Krisenhaftigkeit, die die gesamte ehemalige Dritte Welt – noch verschärft seit dem Ende des Ost-West-Konflikts – charakterisiert. Mit der konsequenten Durchsetzung des Neoliberalismus im Weltmaßstab werden die sozialen Antagonismen schärfer, die Auseinandersetzungen und Konfliktaustragungsformen heftiger und brutaler. Am deutlichsten zeigt sich dies in den Tendenzen zur Auflösung (kolonial präformierter) staatlicher Ordnungen vor allem in Afrika und in der zunehmenden Privatisierung wesentlicher Teile des staatlichen Gewaltmonopols.<sup>21</sup> Die Spezifik des islamischen, vor allem aber des arabischen Raumes ist, dass dieser aufgrund seiner Kohlenwasserstoffvorräte immer von besonderem geostrategischem Interesse war. Die Option der unterschiedlichen Regime für marktwirtschaftlich-kapitalistische oder dem Realsozialismus nachempfundene Entwicklungsmodelle im Zeitalter der Bipolarität wurde stets mit der Berufung auf eine "dem Islam" entlehnte Legitimation begründet. In beiden Fällen blieben jedoch versprochene wirtschaftliche und soziale Erfolge aus. Vor diesem von den Menschen existentiell erfahrbaren Hintergrund führten die Islamisten das Versagen beider Modelle auf einen gemeinsamen Nenner zurück, seien doch Kapitalismus und Sozialismus nur die beiden Seiten einer Medaille: des Atheismus. Der Ruf nach Rückkehr zu einer genuin islamischen Ordnung beinhaltet zugleich die Forderung nach Schaffung einer

---

21 Ruf, Werner (Hrsg.): Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg, Opladen 2003.

gerechten sozialen Ordnung auf eigener kultureller, d. h. nicht-westlicher Identität.<sup>22</sup>

Damit erscheint der "Kampf der Kulturen" als das, was er tatsächlich ist: ein Konflikt zwischen meist mehr als weniger korrupten Staatsführungen und der Masse der Bevölkerung, wie dies der *Arab Human Development Report* in erschreckender Weise illustriert.<sup>23</sup> Die Regime, die durch Lippenbekenntnisse eine auf den Islam bezogene Legitimation beanspruchen, verlieren in den Augen ihrer Völker eben diese Legitimation, erscheinen als Lakaien und Handlanger des kapitalistischen Westens. Die zur Legitimation verwendete Instrumentalisierung des Islam wendet sich gegen sie und ihren Herrschaftsanspruch, was für die eher säkularen Regime ebenso gilt wie etwa für das islamistische Saudi-Arabien.

Im Westen wurden die Krisenhaftigkeit im Nahen Osten und die sie begleitende islamistische Rhetorik in den 90er Jahren benutzt, um ein Feindbild zu konstruieren, das die alte "realsozialistische" Bedrohung ablöste. Kulturologische Feindbildkonstruktionen werden mit einem bis zur Undefinierbarkeit erweiterten Sicherheitsbegriff vermenget, und (säkularistisch-) fundamentalistische Denkmuster zum Ausgangspunkt strategischen Denkens gemacht.<sup>24</sup> Kulturologische Bedrohungsargumentationen, die "den Westen" "dem Orient" gegenüberstellen, scheinen sich mit dem 11. September in

22 Schulze, Reinhard: *Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert*, München 2002.

23 United Nations Development Programme / Arab Fund for Social and Economic Development: *The Arab Human Development Report 2003*; vgl. dazu el Masry, Ingrid: Die arabische Region im Challenge neoliberaler Globalisierungspolitik, in: Berndt, Michael / El Masry, Ingrid: *Konflikt, Entwicklung, Frieden. Emanzipatorische Perspektiven in einer zerrissenen Welt*. Festschrift für Werner Ruf, Kassel 2003, S. 55-68; vgl. dies.: *Menschliche Entwicklung als Antithese neoliberaler Globalisierungspolitik*, in: *INAMO*, Heft 36 (2003), S. 8-12.

24 „Der islamische Extremismus stellt ohne Frage die beunruhigendste Bedrohung dar ... Er nimmt oft den Platz ein, den der Kommunismus innehatte als Widerstandsform gegen die westliche Welt.“ Siehe *Republique Francaise: Livre Blanc sur la Défense*, Paris 1994, S. 18 (Übersetzung W.R.). Vgl. auch Hansen, Helge: *Das deutsche Heer auf dem Weg in die Zukunft*, in: *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Stichworte zur Sicherheitspolitik*, Nr. 5/1993, S. 3. Der Generalinspekteur des deutschen Heeres schreibt: „Abschreckung war bisher bestimmt von rationaler abendländischer Logik, wenn auch im Osten ideologisch geprägt. ... Ausgangspunkte künftiger Konflikte sind Irrationalität, nicht vorhandenes Risikobewusstsein und nahezu unbegrenzte Risikobereitschaft. Abschreckung in der klassischen Form kann und wird daher schlicht nicht mehr funktionieren, ... Sicherheit bedeutet dann nicht nur die territoriale Integrität und der Schutz vor direkten militärischen Angriffen, sondern beinhaltet - weiter gespannt - den Erhalt unserer Werteordnung und des politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Systems.“

schrecklicher Weise bewahrheitet zu haben. Inwieweit gerade diese Feindbildkonstruktionen zur wachsenden Wut islamistischer Extremisten ebenso beigetragen haben wie die Unterstützung für die korrupten und repressiven Regime der Region und vor allem Behandlung des Nahostkonflikts durch „den Westen“, muss hier dahingestellt bleiben. Als Fazit bleibt, dass die grauenvollen Anschläge am und seit dem 11. September 2001, das unglückliche und schnell zurückgenommene Wort „Kreuzzug“, das US-Präsident George W. Bush benutzte, der von ihm erklärte „Krieg gegen den Terrorismus“ und die unter seinem Deckmantel mit dem Krieg gegen den Irak (März 2003) begonnene Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens,<sup>25</sup> die im Zusammenhang mit der „Krieg gegen den Terrorismus“ massenhaft begangenen Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen in den Augen der „Anderen“ nur nochmals die Doppelbödigkeit westlicher Politik und Moral und den Hass auf „den Islam“ zu bestätigen scheinen, wie dies Ayman al-Zawahiri, Stellvertreter Bin Ladens, in einer Erklärung zum zweiten Jahrestag des 11. Sept. 2001 deutlich machte. Kennzeichnend ist in diesem Text die eher anti-imperialistische Rhetorik, die die religiöse bei weitem überwiegt.<sup>26</sup>

25 Asmus, Ronald D./Pollack, Kenneth M.: Transforming the Middle East; in: Policy Review Nr. 115 Sept./Oct. 2002. Übersetzt in: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 12/2002, S. 1457-1466.

26 „Der zweite Jahrestag der Angriffe auf New York und Washington ist nun auf uns gekommen. Er erinnert uns an das Opfer unserer heldenhaften 19 Brüder, die mit ihrem Blut eine Seite der amerikanischen Geschichte aufgeschlagen haben, eine Absage der Moslems an Amerikas Arroganz und Tyrannei, ein Ausdruck ihres Stolzes auf ihre Religion, ihren Glauben und ihre Würde und ihre Entschlossenheit, die Moslems und die Unterdrückten der Menschheit zu rächen. Der zweite Jahrestag der Angriffe auf New York und Washington wirkt wie eine Herausforderung an Amerika und dessen Kreuzzug, der ins Taumeln geraten ist von den Wunden, die ihm in Afghanistan und Irak geschlagen wurden. ... An diesem zweiten Jahrestag wollen wir uns an die Menschen in den am Kreuzzug teilnehmenden Staaten wenden, um ihnen folgendes zu sagen: Wir sind keine Verfechter von Töten und Zerstörung. Mit Hilfe Gottes aber werden wir jede Hand abschlagen, die sich in feindlicher Absicht nach uns streckt. Wir sagen Euch: genug der Abweichung vom Glauben! Genug Entartung im Benehmen! Hört auf mit Euren Angriffen auf die Menschen und das Eigentum der Unterdrückten. Genug des Handelns mit Slogans von "Freiheit und Gerechtigkeit" und "Menschenrechten"! Wir rufen Euch zum Islam, der Religion der Einheit Gottes; der Gerechtigkeit, der Mäßigkeit, der Reinheit und der Macht. Wenn Ihr den Islam zurückweist, haltet wenigstens ein in Eurer Feindseligkeit gegen unsere islamische Weltgemeinschaft. Über Jahrzehnte habt Ihr unsere Frauen und Kinder getötet, unseren Wohlstand gestohlen und Tyrannen unterstützt, die unsere Gemeinschaft brutal beherrschen. ... Zwei Jahre sind nun vergangen seit den Angriffen auf New York und Washington und seit dem Beginn Eures Kreuzzugs. Was hat Euch diese Periode eingebracht? Wer von uns war wahrhaftiger in seinen Erklärungen? Wir oder

Tatsächlicher Ort der Konfliktaustragung sind vor allem die Gesellschaften im islamischen Raum, sei es Algerien, Ägypten, Marokko, Saudi-Arabien, Kaschmir, Afghanistan, Tschetschenien, Aserbeidschan, Palästina, Bosnien, Kosovo, Mazedonien etc. Aber auch die westlichen Staaten selbst werden zunehmend zum Ort der Konfliktaustragung, nicht nur wegen befürchteter oder tatsächlich ausgeführter Anschläge, sondern auch aufgrund wachsender Konflikte um Fragen der kulturellen Identität und Selbstbestimmung, wie dies die Debatten um das Tragen von Kopftüchern, den Begriff der „Leitkultur“ und zunehmende rassistische Anschläge zeigen. Fast immer wird "der Islam" als entscheidender Konfliktfaktor geortet. Vorläufiger Höhepunkt der kollektiven Verdächtigung ist der unsägliche „Gesprächsleitfaden für die Einwanderungsbehörden“ des Landes Baden-Württemberg vom Januar 2006, der gezielt gegen Einwanderer aus muslimischen Ländern gerichtet ist und mehr über die Selbstwahrnehmung schwäbischer Bürokraten als über Spezifika der muslimischen Kultur aussagt.<sup>27</sup> Jedoch ist solche diskriminierende Befragung ein genuiner Beitrag zur Ausgrenzung und zur Schaffung von kollektivem Misstrauen seitens der Befragten, keinesfalls aber ein Instrument zur Integration einbürgerungswilliger Muslime.

Die Konflikte in islamischen Staaten zeigen, dass die politische Instrumentalisierung des Islam primär nicht nach außen, sondern auf die Machtübernahme im Inneren gerichtet ist. Der Islamismus erweist sich in diesen Konflikten als mobilisierende und einigende Ideologie der wachsenden Masse derer, die durch Unterentwicklung und Globalisierung marginalisiert werden. Insofern ist er nichts Anderes als ein naheliegendes Konzept zur politischen Legitimation meist neuer, bisweilen auch alter islamistischer Eliten, die in populistischer Weise religiöse Konzepte instrumentalisieren, um überlebte Herrschaftsstrukturen zu bekämpfen - oder zu übernehmen.

Doch auf der innerstaatlichen Ebene stehen sich in der Regel nicht eine einzige geeinte islamistische Opposition auf der einen

---

Eure größten Verbrecher, Bush und Blair? Eure größten Verbrecher haben Euch versprochen, dass der Terrorismus vernichtet würde. Sie haben Euch verführt mit dem Öl des Irak und dem Versprechen, ihr könntet das Land beherrschen. ...“ Diese Erklärung wurde ausgestrahlt vom arabischen TV-Sender al Jazeera am 10. Sept. 2003 (Übersetzung aus dem englischen W.R.).

<sup>27</sup> Dokumentiert in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10. Januar 2006, S. 3.

und ein mehr oder weniger korrupter (meist prowestlicher) staatlicher Machtapparat gegenüber, sondern innerhalb der islamistischen Bewegungen zeigen sich verschiedene und sehr unterschiedliche Kräfte: Die große Mehrheit der "Gemäßigten", die eine Islamisierung der Gesellschaft auf friedlichem Wege versuchen, radikale Bewegungen, die oft nur rhetorisch eine revolutionäre Veränderung fordern und schließlich jene tatsächlich militanten und oft mit terroristischen Methoden arbeitenden Gruppierungen, deren Aktionen die westlichen Medien füllen. Dass gerade die militanten und teilweise terroristischen Gruppierungen sich primär gegenseitig bekämpfen (wie beispielsweise in Algerien, Ägypten, Afghanistan, Irak etc.) gerät dabei oft ebenso aus dem Blickfeld wie die Tatsache, dass islamistische Gruppen oft von säkularen Staatsführungen gegen die jeweilige linke Opposition gefördert wurden und werden. Dies gilt auch für die Unterstützung der palästinensischen Hamas durch Israel zwecks Schwächung der PLO.

Erinnert werden muss, dass „der Westen“ in der Zeit des Kalten Krieges die islamistische Opposition gegen die säkularen Regime der Region nach Kräften unterstützte. Dies galt und gilt in arabischen Staaten wie Syrien oder Ägypten, wo z.Zt. Gamal Abdel Nassers die Moslembrüder von den USA unterstützt wurden oder in Algerien, wo bis zum Beginn des Zweiten Golfkriegs stellvertretend von Saudi-Arabien die gegen das (sozialistische?) FLN-Regime agitierende Islamische Heilsfront FIS finanziert wurde. Ähnliches gilt für die islamistischen Umtriebe des Izetbegovic-Clans in Bosnien oder später für die pro-albanische UCK im Kosovo. Die massivste Unterstützung erhielten die aus allen islamischen Ländern stammenden Freiwilligen, die im Afghanistan-Krieg unter dem Kommando unterschiedlicher mehr oder weniger islamistischer *warlords* gegen die Sowjetunion kämpften. Diese so genannten Afghanen wurden nach dem Rückzug der Sowjetunion als professionelle Terroristen in zahlreichen arabischen und islamischen Staaten von Bosnien bis Algerien und selbst in Saudi-Arabien tätig.

Aufbauend auf den Erfahrungen und Kenntnissen der einst von Saudi-Arabien finanzierten und von der CIA durchgeführten Ausbildung betrieben dann die Taliban Trainingslager für die ins Land strömenden Freiwilligen und bildeten so Gruppen aus, die durchaus den Namen internationalistischer islamistisch-terroristischer Brigaden verdienen. Solche Instrumentalisierung findet auch innenpolitisch statt, wenn, wie etwa im Falle Algeriens, terroristische Banden

von den Sicherheitsdiensten manipuliert werden, damit die Scheußlichkeit ihrer Taten internationale Unterstützung für ein diktatorisches und Menschenrechte systematisch verletzendes Regime mobilisieren soll.<sup>28</sup>

Der so genannte islamische Krisenbogen hat allenfalls eines gemeinsam: eine Vielzahl von Gesellschaften, in denen die sozioökonomischen und sozio-kulturellen Entwicklungen zu einer mehr oder weniger heftig ausgeprägten politischen Krisenhaftigkeit geführt haben. Ideologie und Zielsetzungen der in diesen krisengeschüttelten Gesellschaften aktiven und sich auf den Islam berufenden Gruppen sind jedoch sehr verschieden, da sie teils in unterschiedlichen religiösen Traditionen stehen und vor einem nicht vergleichbaren historischen Hintergrund und andersartigen kulturellen, ökonomischen und politischen Kontexten ganz unterschiedliche Interessen verfolgen. Gerade die Berufung auf islamische Wert- und Ordnungsvorstellungen führt in diesem Kontext dazu, dass die einzelnen Bewegungen untereinander in Konflikt geraten, gerade weil sie sich auf eine prinzipiell zwar identische, in den einzelnen Auslegungen, Zielrichtungen und Interessen jedoch sehr unterschiedliche Interpretation des und Legitimation durch den Islam berufen. Das zeigt, dass es sich bei diesen Bewegungen eben nicht um den *einen*, dogmatisch rückwärts gewandten "Fundamentalismus" handelt, sondern um politische Erscheinungen der Moderne, denen der Wille zur Übernahme der politischen Macht und der Versuch gemeinsam ist, eine Legitimität zu konstruieren, deren Kern auf religiöse Ordnungsvorstellungen rekurriert. Die Fixierung auf den "Fundamentalismus" und die von Fundamentalisten ausgehende Gewalt verdrängt dabei die Wahrnehmung der zahlreichen mit friedlichen Mitteln arbeitenden islamistischen wie säkularen politischen Gruppierungen und Bewegungen. Es sind der diese Staaten kennzeichnende Mangel an Demokratie, die Korruption und die politische Repression, die die Ursache für politische Gewalt bilden – eine Gewalt, die sich auch religiös zu legitimieren versucht.

---

<sup>28</sup> Unter der Fülle der Literatur, die dies belegt, siehe Samraoui, Mohamed: *Chronique des années de sang. Algérie: Comment les services secrets ont manipulé les groupes islamistes*, Paris 2003; Souaidia, Habib: *La sale guerre*, Paris 2001.

#### 4. Konfliktparteien und Konfliktaustragungsformen

Primär also bekämpfen islamistische (darunter auch gewaltbereite) Gruppen und Bewegungen ihre jeweiligen Regierungen, sei es wegen der Korruption der Machthaber oder wegen ethnischer Fremdherrschaft und Unterdrückung wie in Tschetschenien oder Palästina. Dort, wo die innerstaatlichen sozialen Konflikte bis zur Gewaltanwendung durch einzelne Gruppen eskaliert sind, zeigt sich, dass es sich um spezifisch geprägte *innerstaatliche* Kämpfe um Macht und politische Ordnungsvorstellungen handelt, der Konflikt findet keineswegs – wie Huntington behauptet – an den "Bruchlinien" der Kulturen sondern entlang der sozialen Konfliktlinien in den jeweiligen Ländern statt. Das irrational aufgeheizte Konzept vom „Kampf der Kulturen“ und vor allem die seit dem 11. September 2001 betriebene US-Außenpolitik versprechen den gewaltorientierten islamistischen Gruppierungen allerdings ausreichenden Nachschub.

Die Islamisierung der muslimischen Gesellschaften selbst ist auch Resultat der sich nach außen säkular gerierenden Regierungen. Durch den forcierten Bau von Moscheen, durch Intensivierung des Religionsunterrichts an den Schulen, durch verschärfte Überwachung des Fastengebots im Ramadan, durch eine teilweise rigide Durchsetzung des Alkoholverbots (Ausnahme: Touristenhotels!), durch den verstärkten Gebrauch religiöser Formeln im politischen Diskurs, durch die Übernahme islamischer Elemente in die Rechtsprechung etc. versuchen die Regime in den Augen der Bevölkerung ihre Treue zum Islam unter Beweis zu stellen, um dadurch an Legitimität zu gewinnen – und tragen so selbst zur weiteren Islamisierung ihrer Gesellschaften bei.

Nicht zu übersehen ist auch, dass die Regime vor Ort teilweise sehr einvernehmlich mit den Islamisten zusammenarbeiten: Zu den Parlamentswahlen im November 1997 ließ König Hassan von Marokko eine "gemäßigte" islamistische Gruppierung zu. Die Islamisten haben im jordanischen Parlament eine starke Fraktion, sind in der Öffentlichkeit aktiv, also legal und politisch kontrollierbar. In Algerien waren und sind in Unterschiedlichen Kabinetten Führungsfiguren der islamistischen Hamas-Partei (jetzt: Bewegung der Gesellschaft für den Frieden) als Minister vertreten. Das soziale System Ägyptens wäre ohne die Netzwerke der Islamisten und ihre zahlreichen und gut funktionierenden Einrichtungen im Bereich des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens längst zusam-



mengebroschen. Mit der Hizbollah im Libanon haben die Schiiten erstmalig in der Geschichte des Landes eine wirksame Interessenvertretung. Diese Partei agiert nicht nur loyal im konstitutionellen Rahmen des politischen Systems des Landes, sie stellt zugleich eine vorbildliche soziale Infrastruktur zur Verfügung. Mehr politische Partizipation dürften die einzige Möglichkeit bieten, um die reaktionären, diktatorischen Regime des arabischen Raums allmählich zu einem Transformationsprozess in Richtung auf mehr Demokratie und vor allem Rechtstaatlichkeit zu führen.<sup>29</sup> Wenn aber die Repression jede Möglichkeit zur politischen Äußerung unmöglich macht, wird die Gewalt einzig mögliche politische Ausdrucksform.<sup>30</sup> Die derzeitige Politik des globalen Hegemons und seiner lokalen Statthalter aber führt genau in die falsche Richtung, den die behauptete „Demokratisierung“ des Irak unter dem Diktat der Besatzungsmacht entbehrt jeder Glaubwürdigkeit.

Durch den orientalistischen Blick des Okzidents und seine Fixierung auf den Islamismus werden reale Veränderungen in den muslimischen Gesellschaften leicht übersehen. Gerade nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sind in diesen Staaten zahlreiche Nicht-Regierungsorganisationen und soziale Bewegungen entstanden (wie ökologische, feministische, darunter auch islamistisch-feministische, und Menschenrechtsbewegungen), die ein Spiegelbild von sich zunehmend ausdifferenzierenden Gesellschaften sind.<sup>31</sup> In den Ländern des arabischen Raums, in denen in letzter Zeit halbwegs freie Wahlen stattfinden konnten, wie z.B. in Libanon, Jordanien, Kuwait und Marokko, artikuliert sich ein politischer Pluralismus, der ein breites Spektrum gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen zeigt. Dabei ist bemerkenswert, dass bei diesen Wahlen islamistische Parteien und Bewegungen zugelassen waren, jedoch in einem relativ pluralen Spiel der Kräfte offensichtlich geringere Chancen hatten, als vordergründig befürchtet wurde.

---

29 Vgl. hierzu Pawelka, Peter: *Der Vordere Orient und die Internationale Politik*, Stuttgart, Berlin, Köln 1993, S. 164-171.

30 Sadiki, Larbi: *Towards Arab Liberal Governance: From the Democracy of Bread to the Democracy of Vote*, in: *Third World Quarterly*, Heft 1/1997, S. 127-148; Ruf, Werner: *Demokratie in der arabischen Welt – ein Widerspruch in sich selbst?* In: *Entwicklung und Zusammenarbeit* Nr. 9/1998, S. 228-231.

31 Vgl. Abukhalil, As'ad: *Change and Democratization in the Arab World: The Role of Political Parties*, in: *Third World Quarterly*, Heft 1/1997, S. 149-164.

Nicht genügend kann in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass die autoritären Regime der Region begriffen haben, wie nützlich der Verweis auf die islamistische Gefahr ist, wenn es darum geht, die Verweigerung demokratischer Reformen damit zu begründen, dass diese die innenpolitische oder gar regionale Stabilität gefährdeten. Dass es diesen Regimen jedoch zuallererst um den Erhalt ihrer autoritären Macht samt der damit verbundenen, aus der Kontrolle der Rente stammenden Pfründen geht<sup>32</sup>, wird durch den Verweis auf die islamische Bedrohung in den Hintergrund gedrängt. Solange die westlichen Regierungen in seltsamer Einäugigkeit dem simplistischen Paradigma vom Kampf der Kulturen folgen, gelingt es diesen Regimen, sich als Verteidiger westlicher Werte darzustellen und dafür militärische, politische und finanzielle Unterstützung, also neue „strategische Renten“, zu erhalten, die dann häufig in die Taschen der herrschenden Familien und Cliques fließt. Für die Konfliktparteien und Konfliktaustragungsformen ergibt sich hieraus: Die aufgrund der sich weiter verschlechternden sozioökonomischen Lage schrumpfende Legitimität der herrschenden Regime fördert das Anwachsen von Unzufriedenheit in der Bevölkerung, was wiederum zu verstärkter Repression Anlass bietet und notwendige Demokratisierungsprozesse verhindert. Vor die Wahl gestellt, notwendige Systemtransformationen – einschließlich der darin enthaltenen Ungewissheiten – zu fördern oder aber die vorhandenen Regime weiterhin zu stützen, entscheidet sich der Westen in der Regel für die Stabilisierung der bestehenden Herrschaftssysteme und gegen deren Demokratisierung.<sup>33</sup> Dies ermöglicht es den islamistischen Bewegungen, die populistische nationalistische, anti-imperialistische Rhetorik aufzugreifen, um die Machthaber ihrer Länder als Lakaien des schon immer als Feind empfundenen Westens zu stigmatisieren.

Übersehen wird dabei, dass diese Bewegungen einen großen Teil des Volkswillens repräsentieren, dessen primäres Interesse oft weniger die Islamisierung der Gesellschaft als deren politische Transformation ist. Von daher ist es nicht ungewöhnlich, dass islamistische und

---

32 Pawelka, Peter: *Der Vordere Orient und die Internationale Politik*, Stuttgart, Berlin, Köln 1993.

33 Bensedrine, Sihem/Mestiri, Omar: *Despoten vor Europas Haustür. Warum der Sicherheitswahn den Extremismus schürt*. München 2005.

säkulare Oppositionsbewegungen durchaus Bündnisse eingehen können, trifft doch die gegen ernsthafte Opposition gerichtete Repression alle Gruppierungen. Die Transformation der blockierten Systeme erscheint deshalb oppositionellen Akteure nur noch gewalt-sam möglich.

Somit kann festgehalten werden: Auf globaler Ebene gibt es keine Konfliktformation im Sinne zweier sich geschlossen und militant gegenüberstehender Kulturkreise, denn weder folgt „der Westen“ den fundamentalistisch formulierten internationalen Ordnungsvorstellungen des derzeitigen amerikanischen Präsidenten, noch findet die verschwindende und unter sich zerstrittene Minderheit gewaltbereiter Islamisten die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Muslime.

Trotz der Betonung eigener kultureller Identität rangieren typisch „westliche“ Werte wie Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie an der Spitze der Werteskala beispielsweise der in Frankreich lebenden Muslime.<sup>34</sup> Diese Tatbestände und die allenthalben stattfindende Nutzung der rechtsstaatlichen Institutionen und Instrumente durch die Immigranten und ihre Nachkommen zeigen den Integrationswillen der „im Westen“ lebenden Muslime. Das seit dem 11. September 2001 gewachsene, oft mit Ausländerfeindlichkeit gepaarte und zum Teil geschürte Misstrauen gegenüber „dem Islam“ produziert jedoch wechselseitige Ängste und Fronten, die nicht nur die Integration behindern, sondern einen gefährlichen Beitrag dazu leisten, dass der „Kampf der Kulturen“ auch zum innergesellschaftlichen Problem und geradezu zu einer sich selbst erfüllenden Pro- phezeiung wird.

## 5. Konfliktregelung

In der Folge der Globalisierung schwindet das Gewaltmonopol des Staates und es bilden sich zunehmend nichtstaatliche und transnationale Akteure heraus. In diesem globalen Veränderungsprozess

---

<sup>34</sup> Ruf, Werner: Identität und Integration – Islamische Staatsbürger in Frankreich, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2002, S. 594-601.

muss das Anwachsen islamistischer Bewegungen verstanden werden als Ausdruck einer tiefen ökonomischen, politischen und kulturellen Krise zunächst in der Welt des Islams selbst. Diese ist gekennzeichnet durch den rapide wachsenden sozialen Antagonismus zwischen wenigen Neureichen und der zunehmend verarmenden Bevölkerungsmehrheit. Die politischen Strukturen dieser Staaten sind so gut wie alle diktatorisch bis autoritär. Demokratische Partizipation oder gar Kontrolle finden nicht statt. Pseudo-demokratische Wahlveranstaltungen schaffen keine neue Legitimität der Regierenden, sondern führen zur Abwertung demokratischer Formen der Legitimitätsbeschaffung, so dass Islamisten unter diesen Bedingungen durchaus zu Recht behaupten können, Wahlen seien Volksbetrug.

Verschärft wird diese Situation noch durch die globale Durchsetzung des Neoliberalismus, der dazu beiträgt, die Schere zwischen arm und reich noch weiter zu öffnen. Ganz im Sinne dieser Diagnose haben Fuller/Lesser die Bedingungen zusammengetragen, die Voraussetzungen für den Aufstieg islamistischer Bewegungen sind und sich meist wechselseitig verstärken. Erfolgreich dürften sie dort sein,

- "wo das Bevölkerungswachstum hoch ist und die Bedürfnisse großer urbanisierter Teile der Gesellschaft nicht befriedigt werden;
- wo ein niedriger Lebensstandard mit dem Erscheinen umfassender Korruption kontrastiert;
- wo Regierungen die wichtigsten politischen Oppositionsgruppen eliminiert haben und deshalb die Islamisten keine Rivalen haben;
- wo Regierungen massiv Gewalt angewandt haben, um die Stärke der Islamisten zu zerschlagen, wodurch sie allerdings das Problem nur polarisiert und verschärft haben; und
- wo es den Islamisten gelungen ist, in den Augen der Bevölkerung die einzige legitime Oppositionsrolle zu spielen".<sup>35</sup>

Dem zum "neuen Risiko" hochstilisierten Islamismus wäre daher nur durch eine mittel- und langfristig angelegte konstruktive Entwicklungspolitik zu begegnen, die an Fortschritte im Demokratisierungsprozess und in der Respektierung der Menschenrechte gekoppelt werden müsste. Formen militärischer Prävention, wie sie schon unter dem Stichwort der neuen Risiken und teilweise durch die Ent-

---

35 Fuller, Graham E. und Lesser, Ian O.: A Sense of Siege. The Geopolitics of Islam and the West, Boulder Col. 1995, S. 171f. (Übersetzung W.R.)

wicklung strategischer Konzepte in der NATO oder bei der WEU<sup>36</sup> vorgedacht wurden und jetzt in der neu formulierten Europäischen Sicherheitsstrategie ESS ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden haben,<sup>37</sup> sind zur Regelung dieser primär sozialen Konflikte untauglich. Dies gilt erst recht für die auf rein militärischen Instrumenten basierende Strategie des *Restructuring the Middle East* der Bush-Regierung, aber auch für die Entwicklung weltweiter militärischer Interventionsfähigkeit der EU.<sup>38</sup> Ganz im Gegensatz hierzu stehen konstruktive Ansätze für eine zivilen Außen- (und Sicherheits-) Politik der Europäischen Union, wie sie beispielsweise von der Europa-Mittelmeer-Konferenz in Barcelona (27. und 28. Nov. 1995) formuliert wurden,<sup>39</sup> die allerdings den Militarisierungstendenzen in der EU zum Opfer zu fallen scheinen.

Eine auf ökonomische Entwicklung, sozialen Ausgleich, Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ausgerichtete Politik wäre auf der globalen Ebene der positive Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung im islamischen Raum. Hierzu gehört an erster Stelle ein konsequentes Eintreten für eine völkerrechtskonforme Lösung des Nah-Ost-Konflikts. Da es weder "den Islam", geschweige denn "die islamistische Bedrohung" gibt, weil den immer wieder beschworenen "neuen Risiken", sofern sie tatsächlich bestehen sollten, mit militärischen Mitteln nicht zu begegnen ist, müsste eine solche Politik der sozial abgefederten ökonomischen Kooperation darauf gerichtet sein, die Transformation der Regime dieser Region in Richtung auf politische Partizipation und Demokratisierung zu fördern. Das plurale Spiel politischer Kräfte brächte säkulare oder sich säkular gebende Regime nicht in den Zwang, ihrerseits die Islamisierung ihrer Gesellschaften voranzutreiben, um den meist vergeblichen Versuch zu machen, zusätzliche Legitimität zu gewinnen.

36 Siehe die Petersberg-Erklärung der Westeuropäischen Union vom 19. Juni 1992, Ziffer 18, veröffentlicht in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 68, S. 649-653, hier S. 651.

37 European Union Institute for Security Studies: *European Security Strategy*, Paris 2003.

38 Ruf, Werner: *Schluss mit der Zivilmacht: Europe Goes Military*. State of Peace Conference des Österreichischen Studienentrums für Frieden und Konfliktlösung 2004.

39 Siehe hierzu Jünemann, Annette: *Die Mittelmeerpolitik der Europäischen Union: Demokratisierungsprogramme zwischen normativer Zielsetzung und realpolitischem Pragmatismus*; in: *Frankreich Jahrbuch 1997*, S. 93-115; sowie Ruf, Werner: *Möglichkeiten einer konstruktiven Sicherheitspolitik zwischen Europa und dem Maghreb*, in: *Frankreich Jahrbuch 1997*, Opladen 1997, S. 117-134.

Um solchermaßen einen politischen Transformationsprozess zu unterstützen, müssen Voraussetzungen für institutionellen Reformen geschaffen werden, die der Opposition legale Betätigung im politischen System ermöglicht.<sup>40</sup> Festzuhalten ist außerdem, dass die islamistischen Bewegungen über Schlüsselfragen ihrer Strategie ebenso zerstritten sind wie über die Wahl ihrer taktischen Mittel. Die Uneinigkeit dieser Bewegungen in solch zentralen Fragen zeigt sich nicht nur von Land zu Land, sondern oft auch innerhalb der einzelnen Länder. Wenn daher zwar in ihren Diskursen eine transnational gültige Ideologie propagiert wird, so zielen ihre konkreten Handlungen doch auf nationale Fragen und Spezifika.<sup>41</sup> *Den* (politischen) Islam gibt es also nicht; dafür gibt es eine Vielzahl sich in unterschiedlichen Argumentationsweisen auf den Islam berufender politischer Bewegungen, die umso stärker zu sein scheinen, je intensiver westliche Präsenz und Dominanz in ihren Ländern sichtbar ist und je krasser dort die sozialen Antagonismen sind.

Jenseits dieser grundsätzlichen Umorientierung europäischer und US-amerikanischer Politik bedarf die Konfliktregelung jedoch auch innenpolitischer Maßnahmen insbesondere im Bereich der politischen Bildung und des konsequenten Respekts und der Sicherung des Rechtsstaats. Der um sich greifende, teilweise von dumpfen rassistischen Gefühlen getragene Kollektivverdacht gegenüber Muslimen im Westen, Rasterfahndungen und ähnliche Maßnahmen führen zu Ausgrenzungen und Ängsten, die die Betroffenen erst ansprechbar machen für extremistische Positionen und zugleich ihr Vertrauen in die demokratischen Systeme des Westens untergräbt. Genau hier treffen die Warnungen Dieter Oberndörfers vor einer Abkapselung ins „Wir“ einen entscheidenden Punkt für das innergesellschaftliche wie das globale Zusammenleben: „... dass die Menschenrechte, die Aufklärung ... universale Geltung beanspruchen. Als unveräußerlicher und ausschließlicher Besitz Europas (und der USA W.R.) in Beschlag genommen, verlieren sie ihre eigene Legitimationsgrundlage: den Bezug auf die Würde des Menschen, nicht nur auf die der Deutschen oder Europäer.“<sup>42</sup>

40 Vgl. Karawan, Ibrahim A.: a.a.O., S. 66.

41 Vgl. Karawan, Ibrahim A.: *The Islamist Impasse*, Adelphi Paper Nr. 314, International Institute for Strategic Studies, London 1997, S. 67.

42 Oberndörfer, Dieter: *Turkophobie*; in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 2/2003, S. 132-142, hier S. 140.

## 6. Zusammenfassung

Das Paradigma des Kampfes der Kulturen birgt die Gefahr einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung: Je mehr "der Westen" "den Islam" zu seinem Feindbild macht,<sup>43</sup> desto mehr bestätigt er in den Augen der islamischen Welt, dass westliche Politik weiterhin in der Kontinuität des Imperialismus steht. Dass dieser nicht nur Besetzung, Kolonisierung und Ausbeutung war, sondern ideologisch begleitet und legitimiert wurde durch eine diskriminierende, seit Ernest Renan (kultur-)rassistisch ausformulierte Politik, hat bereits vor über hundert Jahren zur reaktiven politischen Instrumentalisierung des Islam durch Reformen (die wir heute Islamisten nennen würden) wie Jamal ed-Din El Afghani oder Mohamed Abduh geführt. So begründete Renan in einer Vorlesung im Jahre 1883 die Unfähigkeit der Semiten, Literatur oder Kunst hervorzubringen bzw. rational zu denken, mit "der schrecklichen Schlichtheit des semitischen Geistes, die den menschlichen Verstand jeder subtilen Vorstellung, jedem feinsinnigen Gefühl, jedem rationalen Forschen unzugänglich macht, um ihm die immer gleiche Tautologie 'Gott ist Gott' entgegenzuhalten."<sup>44</sup>

Selbst wenn man von diesen empirisch unhaltbaren kulturrassistischen Thesen absieht, die im Kern ganz in der Tradition der mehr als ein Jahrhundert alten Orientalismusdebatte stehen und von Samuel Huntington nur plakativ und populistisch übernommen werden, zeigt sich an diesem Punkt der nun wirklich fundamentale Widerspruch im Ansatz Huntingtons, seiner sich der Wissenschaft zurechnenden Apologeten und seiner politischen Jünger, die eine scheinbar neue Folie für die Konfliktinterpretation unseres Jahrhunderts zu liefern suchen: Wenn, was richtig ist, im Zeitalter der Globalisierung zwischenstaatliche Konflikte und Kriege nicht mehr

43 Siehe die pointierten, aber treffenden Beiträge in Hippler, Jochen, Lueg, Andrea: Feindbild Islam, Hamburg 1993.

44 Renan, Ernest: De la part des peuples sémitiques; in: Oeuvres complètes, Band 2, Paris 1948, S. 333, hier zitiert nach Hourani, Albert: Der Islam im europäischen Denken, Frankfurt/M. 1994, S. 45.

als das einzige Konfliktmuster erscheinen, dann ist das Paradigma vom Kampf der Kulturen am Beginn des neuen Jahrtausends eine empirisch nicht haltbare Absurdität. Huntingtons These von der Einzigartigkeit des Westens und seine Behauptung, dass westliche Werte – weil einzigartig – nicht universell sein könnten<sup>45</sup>, wird gerade durch die Tatsache widerlegt, dass westliche Werte längst universell geworden sind. Funktionale, transnationale Netze existieren in Wissenschaft und Kunst, in Literatur und Medizin. Längst sind Wissenschaftler aus allen Ländern der Welt in den westlichen Zentren tätig – wie teilweise auch umgekehrt. Längst hat etwa die Zahl von Literatur-Nobelpreisträgern aus eben dieser "Dritten Welt" zugenommen – zu nennen ist hier nicht zuletzt der ägyptische Schriftsteller Nagib Mahfouz. Längst haben die Eliten dieser Länder in hohem Maße westliche Normen übernommen – und die dortigen Unterdrückten streben nach ihnen: nach Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Und längst haben Muslime „im Westen“ ihre Heimat gefunden, in der sie genau diese Normen zu schätzen wissen. Allein dies ist Grund genug, ihnen die Ausübung bürgerlicher Rechte in der republikanischen Gesellschaft in vollem Umfang zu gestatten, da sie sich nur so mit der Gesellschaft, in der sie leben, identifizieren können. Vor allem darf nicht übersehen werden, dass auch die islamistischen Bewegungen Ausdruck dessen sind, was als genuin und einzigartig westlich verstanden wird, nämlich von Demokratie als Wille zur Teilhabe an der Macht und zur Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklung, getragen vom Wunsch, Entscheidungen über die eigenen Lebensbedingungen mitgestalten zu wollen.<sup>46</sup> Die Verweigerung dieser Rechte produziert jene Formen der Gewalt, die moralisch wie politisch zu verurteilen sind, die aber nur durch Beseitigung ihrer Ursachen bekämpft werden können.

## Literatur

---

45 Huntington, Samuel P.: The West Unique, not Universal, in: Foreign Affairs, Nov./Dez. 1996, Nr. 6, Bd. 75, S. 28-46.

46 Fuller, Graham: The Next Ideology, in: Foreign Policy No. 98, Spring 1995, S. 145-158, hier S. 147.



- Abukhalil, As'ad: Change and Democratization in the Arab World. The Role of Political Parties, in: *Third World Quarterly*, Heft 1, 1997, S. 149-164.
- Al-Azmeh, Aziz: *Islams and Modernities*, London 1993.
- Anderson, Benedict: *Die Erfindung der Nation*, Frankfurt/M., New York 1996.
- Antonius, George: *The Arab Awakening*, London 1938.
- Asmus, Ronald D. und Pollack, Kenneth M.: Transforming the Middle East, in: *Policy Review*, Nr. 115, Sept./Oct. 2002 (übersetzt in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* Heft 12/2002, S. 1457-1466).
- Baumann, Herbert und Ebert, Matthias (Hrsg.): *Die Verfassungen der Mitgliedsländer der Liga der Arabischen Staaten*, Berlin 1995.
- Bensedrine, Sihem/Mestiri, Omar: *Despoten vor Europas Haustür. Warum der Sicherheitswahn den Extremismus schürt*. München 2005.
- Berman, Nina: *Orientalismus, Kolonialismus und Moderne*, Stuttgart 1996.
- Berndt, Michael: Was bedeutet „Sicherheit“ angesichts der Uneindeutigkeiten? in: Grundmann, Martin und Hummel, Hartwig (Hrsg.): *Militär und Politik. Ende der Eindeutigkeiten? Zum Wandel institutionalisierter Gewalt*, Baden-Baden 1998.
- Butterwegge, Christoph: Friedenskultur statt Kulturkampf! Eine kritische Auseinandersetzung mit Samuel P. Huntingtons These vom 'Zusammenprall der Zivilisationen', in: Jung, Eckhard und Vogt, Wolfgang (Hrsg.): *Kultur des Friedens*, Darmstadt 1997, S. 89-93.
- Calließ, Jörg (Hrsg.): *Der Konflikt der Kulturen und der Friede in der Welt*, Locom 1996.
- Carawan, Ibrahim A.: *The Islamist Impasse*, Adelphi Paper 314, IISS, Oxford 1997.
- El Masry, Ingrid: Die arabische Region im Challenge neoliberaler Globalisierungspolitik, in: Berndt, Michael und El Masry, Ingrid: *Konflikt, Entwicklung, Frieden. Emanzipatorische Perspektiven in einer zerrissenen Welt. Eine Festschrift für Werner Ruf*, Kassel 2003, S. 55-68.
- El Masry, Ingrid: Menschliche Entwicklung als Antithese neoliberaler Globalisierungspolitik, in: *INAMO*, Heft 36 (2003), S. 8-12.

- European Union Institute for Security Studies: European Security Strategy, Paris 2003.
- Elger, Ralf (Hrsg.): Kleines Islam-Lexikon, München 2001.
- Ende, Werner und Steinbach, Udo: Der Islam in der Gegenwart, 1989, S. 91-131
- Fuller, Graham E. und Lesser, Ian O.: A Sense of Siege. The Geopolitics of Islam and the West, Boulder Col. 1995.
- Fuller, Graham: The Next Ideology, in: Foreign Policy, No. 98, Spring 1995, S. 145-158.
- Geiger, Klaus F.: Vorsicht Kultur. Stichworte zu kommunizierenden Debatten, in: Das Argument, Heft 224, 1998, S. 81-90
- Halliday, Fred: Islam and the Myth of Confrontation, London, New York 1995.
- Hansen, Helge: Das deutsche Heer auf dem Weg in die Zukunft, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Stichworte zur Sicherheitspolitik Nr. 5/1993.
- Hartmann, Angelika: Der islamische „Fundamentalismus“. Wahrnehmung und Realität einer neuen Entwicklung im Islam, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 28/97, 4. Juli 1997.
- Hartmann, Richard: Die Religion des Islam, Darmstadt 1992.
- Heine, Peter: Fundamentalisten und Islamisten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 33/92, 7. Aug. 1992, S. 23-30.
- Hippler, Jochen und Lueg, Andrea: Feindbild Islam, Hamburg 1993.
- Hourani, Albert: Arabic Thought in the Liberal Age, Cambridge 1983.
- Hourani, Albert: Der Islam im europäischen Denken, Frankfurt/M. 1994.
- Hourani, Albert: Die Geschichte der Arabischen Völker. Frankfurt/M. 1992.
- Huntington, Samuel P.: Kampf der Kulturen, Wien 1996.
- Huntington, Samuel P.: The Clash of Civilizations?, in: Foreign Affairs, Summer 1993, S. 22-49.
- Huntington, Samuel P.: The West Unique, not Universal, in: Foreign Affairs, Nov./Dez. 1996, No. 6, Bd. 75, S. 28-46.
- Jünemann, Annette: Die Mittelmeerpolitik der Europäischen Union. Demokratisierungsprogramme zwischen normativer Zielsetzung und realpolitischem Pragmatismus, in: Frankreich Jahrbuch 1997, S. 93-115.

- Jung, Eckhard und Vogt, Wolfgang (Hrsg.): Kultur des Friedens, Darmstadt 1997.
- Karawan, Ibrahim A.: The Islamist Impasse, Adelphi Paper Nr. 314, International Institute for Strategic Studies, London 1997.
- Klein-Hessling, Nökel Sigrid und Werner, Karin (Hrsg.): Der neue Islam der Frauen, Bielefeld 1999.
- Menzel, Ulrich: Kulturen und Strukturen im Internationalen System - oder: bilden sich neue Feindbilder heraus? In: Calließ, Jörg (Hrsg.): Der Konflikt der Kulturen und der Friede in der Welt, Loccum 1996, S. 139-156.
- Metzger, Albrecht: Der Himmel ist für Gott, der Staat für uns. Islamismus zwischen Gewalt und Demokratie, Göttingen 2000.
- Oberndörfer, Dieter: Turkophobie: in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/2003, S. 138-142.
- Paech, Norman: Krieg der Zivilisationen oder dritte Dekolonisation, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/1994, S. 310-321.
- Pawelka, Peter: Der Vordere Orient und die Internationale Politik, Stuttgart, Berlin, Köln 1993.
- Peters, Rudolph: Erneuerungsbewegungen im Islam vom 18. bis zum 20. Jahrhundert und die Rolle des Islams in der neueren Geschichte. Antikolonialismus und Nationalismus, in: Ende, Wener und Steinbach, Udo (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Hamburg 1989, S. 91-131.
- Petersberg-Erklärung der Westeuropäischen Union vom 19. Juni 1992, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 68, S. 649-653.
- Pinn, Irmgard und Wehner, Marlies: EuroPhantasien. Die islamische Frau aus westlicher Sicht, Duisburg 1995.
- Reissner, Johannes: Die militant-islamischen Gruppen; in: Ende, Werner und Steinbach, Udo (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Frankfurt/Main, 1989, S. 470-486.
- Renan, Ernest: De la part des peuples sémitiques, in: Oeuvres complètes, Band 2, Paris 1948.
- Republique Francaise: Livre Blanc sur la Défense, Paris 1994.
- Rotter, Gernot: Die Welten des Islam. Neunundzwanzig Vorschläge, das Unvertraute zu verstehen, Frankfurt/M.1993.
- Ruf, Werner (Hrsg.): Islam and the West. Judgements, Prejudices, Political Perspectives, Münster 2002.

- Ruf, Werner (Hrsg.): Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg, Opladen 2003.
- Ruf, Werner: Die algerische Tragödie. Vom Zerschneiden des Staates einer zerrissenen Gesellschaft, Münster 1997.
- Ruf, Werner: Die neue Welt-UN-Ordnung. Vom Umgang des Sicherheitsrats mit der Souveränität der „Dritten Welt“, Münster 1994.
- Ruf, Werner: Feindbildproduktion nach dem Ende des Ost-West-Konflikte. Die islamische Bedrohung, in: Jung, Eckhard und Vogt, Wolfgang (Hrsg.): Kultur des Friedens, Darmstadt 1997, S. 94-104.
- Ruf, Werner: Identität und Integration – Islamische Staatsbürger in Frankreich, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2002, S. 594-601.
- Ruf, Werner: Islam. A new Challenge to the Security of the Western World? in: Ders. (Hrsg.): Islam and the West, Münster 2002, S. 41-54.
- Ruf, Werner: Möglichkeiten einer konstruktiven Sicherheitspolitik zwischen Europa und dem Maghreb, in: Frankreich Jahrbuch 1997, Opladen 1997, S. 117-134.
- Ruf, Werner: Schluss mit der Zivilmacht. Europe Goes Military. State of Peace Conference des Österreichischen Studienentrums für Frieden und Konfliktlösung 2004.
- Ruf, Werner: Zur Gewaltförmigkeit des politischen Widerstands im Vorderen Orient, Der Bürger im Staat, Heft 2/3, 2003, S. 110-115.
- Sa'id, Edward: Orientalism, London 1978.
- Sadiki, Larbi: Towards Arab Liberal Governance. From the Democracy of Bread to the Democracy of Vote, in: Third World Quarterly, Heft 1/1997, S. 127-148.
- Samraoui, Mohamed: Chronique des années de sang. Algérie: Comment les services secrets ont manipulé les groupes islamistes, Paris 2003.
- Schulze, Reinhard: Geschichte des islamischen Welt im 20. Jahrhundert, München 2002.
- Schulze, Reinhard: Islamischer Internationalismus im 20. Jahrhundert, Leiden 1990.
- Schulze, Reinhard: Vom Antikommunismus zum Antiislamismus. Der Kuwait-Krieg als Fortschreibung des Ost-West-Konflikts, in: Peripherie, Nr. 41, 1991, S. 5-12.

- Senghaas, Dieter: Die fixe Idee vom Kampf der Kulturen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/1997, S. 215-221.
- Senghaas, Dieter: Die Wirklichkeit der Kulturkämpfe, in: Calließ, Jörg (Hrsg.): Der Konflikt der Kulturen und der Friede in der Welt, Loccum 1996, S. 33-53.
- Senghaas, Dieter: Schluss mit der Fundamentalismusdebatte! Plädoyer für eine Reorientierung des interkulturellen Dialogs, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/1995, S. 180-191.
- Souaidia, Habib: La sale guerre, Paris 2001.
- Steinbach, Udo und Robert, Rüdiger (Hrsg.): Der Mittlere und Nahe Osten, Opladen 1988.
- United Nations Development Programme / Arab Fund for Social and Economic Development: The Arab Human Development Report 2003.